

„Schwere Zeiten für ehrliche Politiker“



Grenz Echo - 19 Jan. 2018
Pagina 6

Die ostbelgische Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) sorgt sich nach den Skandalen im vergangenen Jahr um den Ruf ihrer Zukunft. „Das sind schwere Zeiten für Politiker“, so die 37-jährige Eupenerin.

Anlässlich des Neujahrsempfangs der ostbelgischen Liberalen (PFF) am Dienstag in St.Vith führte das GrenzEcho mit ihr folgendes Gespräch.

Was ist Ihnen von 2017 in Erinnerung geblieben?

Als Politikerin war es für mich natürlich ein unglaublich ereignisreiches Jahr, in dem sich viele Parameter für die Politik verändert haben. Ins Auge fällt ja vor allem der Publifin-Skandal. Die beschlossenen Reformen sind sicherlich notwendig, aber sie sind in meinen Augen immer noch keine Garantie dafür, dass es in Zukunft so etwas nicht mehr gibt.

Was meinen Sie damit?

Nun ja, ob man sich als Politiker morgens guten Gewissens in den Spiegel schauen kann, ob man ehrlich seine Arbeit macht, hängt vor allem von einem selbst ab. Da können noch so viele Regeln gemacht werden, um das einzuhalten.

Mit welchen Konsequenzen rechnen Sie?

Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass wir auch schon ohne solche Skandale wie Publifin in einem Kontext gelebt haben, in dem populistische Ideen sehr stark zugenommen haben, in dem zunehmend mit den Ängsten der Leute gespielt wird. Das schaukelt sich natürlich noch viel mehr hoch, wenn manche Politiker keine ehrliche Arbeit machen, sondern versuchen, sich selbst zu bereichern. Das sind alles Dinge, um die ich mir große Sorgen mache. Wir müssen als politische Verantwortliche dagegen halten, wenn man versucht, das Bett der Extreme zu machen und weiterhin überzeugen, hart arbeiten und Vertrauen zurückzugewinnen.

Bekommen Sie die Unzufriedenheit und den Hass auch selbst zu spüren, beispielsweise in den sozialen Netzwerken?

Ja manchmal. Da beobachte ich, dass die Politiker alle über einen Kamm geschoren werden und die gesamte politische Klasse an den Pranger gestellt wird. Unter diesen Umständen ist es eben an uns, zu zeigen, dass wir nicht alle unehrlich sind oder nur unser eigenes Interesse bedienen wollen. Aber für ehrliche Politiker sind das schwere Zeiten. In den Medien kommen diese auch immer seltener zu Wort.

Was machen die Medien denn falsch?

Mir fällt auf, dass Medien am liebsten die skandalösesten Aussagen aufgreifen. Darüber hinaus machen manche Journalisten ihre Arbeit einfach nicht korrekt, was zum Beispiel die Überprüfung der Quellen angeht. Ich verstehe das teilweise ja auch, weil Journalisten ebenfalls versuchen müssen, schnell auf alles zu reagieren und den Skandalen Hörbarkeit verschaffen wollen. Aber daraus entwickelt sich ein Teufelskreis, der den Rechtsstaat und vielleicht sogar die Demokratie ins Wanken bringen kann.

Im Oktober stehen Kommunalwahlen an. Sie haben im vergangenen Jahr erklärt, Interesse an einer PFF-Spitzenkandidatur in der Stadt Eupen zu haben. Jetzt steht aber Philippe Hunger auf Platz eins. Warum nicht Sie?

Also in Belgien ist es zurzeit immer noch möglich, dass ein Mitglied der Kammer gleichzeitig auch Bürgermeister in einer Gemeinde sein kann. Und tatsächlich habe ich seinerzeit gesagt, dass mich das Amt interessieren würde. Bei den Diskussionen innerhalb der PFF Eupen ist dann aber sehr schnell deutlich geworden, dass man es lieber sähe, wenn beide Mandate - also das in der Kammer und das des Bürgermeisters - getrennt werden. Daran habe ich mich dann gehalten.

Das heißt, Sie wären gerne als Spitzenkandidatin angetreten, aber Ihre Mitstreiter haben Sie nicht gelassen.

Als Parteivorsitzende bin ich sehr konziliant und darum bemüht, dass wir als Mannschaft funktionieren. Da kann nicht einer alles machen. Wichtiger ist, dass wir alle an einem Strang ziehen und so unser Team nach vorne bringen. Philippe Hunger ist der Spitzenkandidat der PFF in Eupen - und ich werde wie immer einen soliden Wahlkampf machen.

Auch die Gemeinschaftswahlen im Frühling 2019 werfen bereits ihre Schatten voraus. Man hört hier und da, dass die CSP, die PFF und die SP bereits Gespräche über eine Koalition führen.

Diese Gerüchte sind mir auch zu Ohren gekommen. Ich kann dazu nur sagen, dass die PFF grundsätzlich mit allen Parteien im Dialog steht und Kontakt halten möchte. Es mag sicherlich auch manchmal kontroverse Themen geben, aber dennoch muss man dann über Partei- und Mehrheitsgrenzen hinaus miteinander reden können. Das ist mein Verständnis von Demokratie.

Nach den Kommunalwahlen im Oktober könnte es in Eupen zu einer Dreierkoalition zwischen CSP, PFF und SP kommen, um die Grünen aus der Mehrheit zu drängen...

...ein spezielles Bemühen, die Grünen aus der Mehrheit zu drängen, gibt es nicht. Das ist Unsinn! Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es wirklich keinen Grund, die aktuellen Mehrheitsverhältnisse in der Stadt Eupen zu verändern. Aber eine Wahl ist eine Wahl und kann vieles verändern. Den Wahltag müssen wir schon abwarten, bevor wir über mögliche Koalitionen reden. Schließlich kommt es ja auch

auf die Projekte an, die die potenziellen Partner nach vorne bringen möchten. Gibt es dann genügend Überschneidungen, kann man über eine Koalition reden.

Die Liberalen stellen den Regierungschef in der Wallonie und auf föderaler Ebene. Wäre es nicht an der Zeit, auch in Ostbelgien mutiger zu sein und das Amt des Ministerpräsidenten zu beanspruchen?

Wir hatten 2014 viele neue Herausforderungen, mit denen wir im Vorfeld nicht gerechnet hatten. Aber klar ist in meinen Augen auch, dass die PFF über genügend politische Kräfte verfügt, um höchste Verantwortung zu übernehmen.

Kommen wir noch zum zuletzt so viel diskutierten Atomausstieg im Jahr 2025. Halten auch Sie daran fest?

Dieses Datum ist in einem Gesetz aus dem Jahr 2003 und 2015 noch einmal verankert worden und wird nun auch im sogenannten Energiepakt angeführt. Als Liberale wollen wir weitere Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ebenen haben, um den Energiepakt in die Wege leiten zu können. Dafür müssen wir aber genau wissen, was auf uns zukommt: Was kostet der Atomausstieg den Verbraucher? Wie viel Zeit brauchen wir, um Alternativen auf den Weg zu bringen? Und wie kann die Stromversorgung in Belgien auch ohne Atomstrom abgesichert sein? Die Antworten dazu soll nun eine Studie liefern, die Ende Januar vorliegen soll.

Ist es wirklich sinnvoll, vor diesem Hintergrund immer noch an 2025 als Ausstiegsdatum festzuhalten? Wichtig ist doch jetzt, dass es einen vernünftigen Plan gibt, mit dem man aussteigen kann. Warum ist das Jahr 2025 denn so wichtig?

Wenn man so argumentiert, hätten wir schon vor zehn Jahren aussteigen müssen. Irgendwann muss man sich ein verbindliches Ziel und Datum setzen und sich auch selbst den Druck machen, dieses Datum einzuhalten. Dafür muss man jetzt alle Hebel in Bewegung setzen. Noch einmal: Das Jahr 2025 steht so im Gesetz und übrigens auch im Koalitionsabkommen. Daran haben wir uns als Mehrheitspartner zu halten.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten